Niederschrift über die 23. Sitzung des Kreistages
Unstrut-Hainich-Kreis vom 11. Juli 2022

Tagungsort: Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis, Lindenhof 1, Barbaraheim

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

Sitzungsleitung: Kreistagsvorsitzender, Herr Thomas Kretschmer

Schriftführung: Büro Kreistag

Anwesenheiten:

Landrat, Harald Zanker

- **CDU-Fraktion:**
Conrad, Matthias
Croll, Jane
Holzapfel, Elke (bis 18:00 Uhr)
Kretschmer, Thomas
Lehmann, Annette
Lutze, Karsten
Mascher, Reinhard
Roth, Hans-Joachim
Dr. Scharf, Eberhard
Urbach, Jonas
Zunke-Anhalt, Klaus

- **SPD-Fraktion:**
Gött, Jürgen
Henning, Andreas (bis 18:35 Uhr)
Kleemann, Dagmar
Klupak, Jörg
Niebuhr, Matthias
Shevchenko, Oleg
Wacker, Martin
Zanker, Claudia

- **AfD-Fraktion**
Görbig, Iven
Kleinschmidt, Angelika
Kleinschmidt, Detlef
Kunze, Jens (bis 19:00 Uhr)
Lindner, Andreas
Poppner, Ronny Hermann
Sell, Stefan

- **Fraktion Freie Wähler-Unstrut-Hainich**

Karnofka, Thomas
Montag, Karl-Josef
Riemann, Jan (bis 18:00 Uhr)

- **Fraktion DIE LINKE**

Eger, Cordula
Kubitzki, Jörg
Ortmann, Monika
Pollak, Petra
Rebenschütz, Anja

- **Fraktion B'90 / DIE GRÜNEN**

Gaßmann, Tino
Reidat, Jens (bis 18:40 Uhr)
Schlegel, Edgar

- **FDP-Fraktion**

Boeücke, Bastian
Groß, Marko
Dr. Kappe, Alexander

- **entschuldigt gefehlt:**

Schmalz, Jeremi
Dr. Bruns, Johannes
Ahke, Thomas
Reinz, Matthias
Zehaczek, Uwe
Kirchner, Björn Guido

- **Verwaltung**

Frau Engelhardt-Schütze, FBL 1
Frau Junker, Kreistagsbüro
Frau Zimmermann, Kreistagsbüro
Herr Mock, Webmaster
Herr Junker, FD IT

Vorgeschlagene Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Berichterstattung des Landrates aus der Verwaltung

- 5 Anfragen aus dem Kreistag
- 6 Bürgeranfragen
- 7 Bestellung eines Mitgliedes und stellvertretender Mitglieder der CDU-Fraktion in den Kreisausschuss
- 8 Bestellung eines Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Haushalts- und Finanzausschuss
- 9 Bestellung eines Leiters / einer Leiterin für das Rechnungsprüfungsamt des Unstrut-Hainich-Kreises
- 10 Bestellung eines stellvertretenden Leiters / einer stellvertretenden Leiterin für das Rechnungsprüfungsamt des Unstrut-Hainich-Kreises
- 11 Ergänzungswahl eines Nicht-Kreistagsmitgliedes der AfD-Fraktion in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich
- 12 Öffentliche Ausschreibung Nr. 193-UHK-ZD_Los 8: Umbau Büro- und Verwaltungsgebäude B - Sicht- und Blendschutz innen
- 13 Öffentliche Ausschreibung Nr. 193-UHK-ZD_Los 13: Umbau Büro- und Verwaltungsgebäude B - Bauendreinigung
- 14 Öffentliche Ausschreibung Nr. 193-UHK-ZD_Los 14: Umbau Büro- und Verwaltungsgebäude B - Schließanlage
- 15 Öffentliche Ausschreibung Nr. 195-2021-UHK-SV_Los 11: Generalsanierung Regelschule "Novalisschule" - Sonnenschutzelemente
- 16 Nachwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
- 17 Kostensatzung für das Kreisarchiv des Unstrut-Hainich-Kreises (Kreisarchivkostensatzung)
- 18 Verwaltungskostensatzung des Unstrut-Hainich-Kreises
- 19 Erhöhte Sollfehlbetragsdeckung gemäß § 23 ThürGemHV in der Haushaltsstelle 9200.9920 um 2.923.633 Euro
- 20 Außerplanmäßige Ausgaben in den Haushaltsstellen 7920.7164 und 7920.7174 Abschlagszahlungen 9-€-Ticket und ÖPNV-Rettungsschirm
- 21 Außerplanmäßige Ausgaben in der Haushaltstelle 6502.9500 Ersatzneubau des Durchlasses über den "Appental" i.Z.d. K 504
- 22 Antrag der SPD-Fraktion - Prüfung hinsichtlich der Einführung einer Unstrut-Hainich-Karte

- 23 Antrag der SPD-Fraktion - Erarbeitung einer Richtlinie zur Gewährung eines Stipendiums für Medizinstudierende im Unstrut–Hainich-Kreis
- 24 Antrag der Fraktion DIE LINKE - Prüfung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Flächen der ehemaligen Mülldeponie
- 25 Antrag der AfD-Fraktion - Ausnutzung des Ermessensspielraumes des Gesundheitsamtes bezüglich der einrichtungsbezogenen Impfpflicht
- 26 Antrag der Fraktion der Freien Wähler Unstrut-Hainich - Haushaltsplan 2023

Nichtöffentlicher Teil

- 27 Verzicht auf Rückauflassung nach ausgeübten Wiederkaufrecht des Unstrut-Hainich-Kreis für das Grundstück Thomas-Müntzer-Weg in Höngeda, Gewerbegebiet und Ermächtigung des Landrates zur Erteilung der Lösungsbevollmächtigung der Rückauflassungsvormerkung
- 28 Verkauf ehemaliges Dienstgebäude Thamsbrücker Straße 20 in Bad Langensalza
- 29 Offenes Verfahren Nr. 024-2022-UHK-GLM-EU Betriebsfertige Lieferung und Betreuung von Systemen und Komponenten des Druck-Output-Managements für die Schulen des Unstrut-Hainich-Kreises
- 30 Abfallwirtschaftsbetrieb: Vergabe der Leistung - Übernahme und Verwertung von Bioabfall aus dem Unstrut-Hainich-Kreis - EU 2/2022 LD
- 31 Wiederherstellung der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Zum TOP 01

Eröffnung und Begrüßung

Der Kreistagsvorsitzende, Herr Kretschmer, eröffnete die Sitzung des Kreistages und begrüßte die Kreistagsmitglieder, den Landrat, die Gäste, den Vertreter der Presse sowie die Mitarbeiter des Landratsamtes.

Er gab bekannt, dass er heute sowohl Trauer als auch Freude empfinde. Freude, da es heute Premiere sei, in dem gut gelungenen Saal sitzen zu dürfen. Trauer empfinde er aufgrund der Vorgeschichte. Man habe den Verlust der Bundeswehr und damit den Verlust einer Wirtschafts- und Gesellschaftskraft in der Stadt Mühlhausen und im Unstrut-Hainich-Kreis zu beklagen. Es überwiege aber die Freude, nun eine so schöne Tagungsmöglichkeit zu haben.

An den Landrat gerichtet wolle er sagen, dass er ein wenig traurig sei, dass man das einfach so geschäftsmäßig mache und die Situation nicht würdige. Dies könne er aber auch an sich selbst richten. Er gebe zu, dass er mit sich selber so beschäftigt sei, dass er nicht auf die Idee gekommen war, bei den Fraktionsvorsitzenden anzufragen, wie man das hätten machen können.

Weiterhin wolle er sagen, dass die Verwaltung sich sehr bemüht habe, eine ordentliche Sitzordnung abzubilden. Wenn es hier trotzdem Änderungsbedarf gebe, solle man auf die Verwaltung zugehen.

Ihm persönlich gefalle es nicht und das habe er auch dem Landrat schon gesagt, dass der Landrat unten sitze. Das sei für ihn nicht schön. Hier sollte man es beim nächsten Mal wieder so einrichten, dass der Landrat an seiner linken Seite sitze. Das erleichtere ihm die Arbeit und es bringe die Augenhöhe, für die man hier mindestens stehe.

Am Pult würden Desinfektionstücher zur Verfügung stehen, wer diese nutzen wolle. Ansonsten seien die Corona-Regeln im Wesentlichen aufgehoben.

Für Herrn Lutze gebe es nun ein eigenes Mikrofon, so dass dieser am Platz reden könne, wenn er wolle.

Zum TOP 02

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Kretschmer gab bekannt, dass sich derzeit 38 Kreistagsmitglieder im Saal befinden würden und somit die Beschlussfähigkeit gegeben sei. Die Einladung sei ordnungsgemäß erfolgt.

Zum TOP 03

Bestätigung der Tagesordnung

Der Landrat gab bekannt, dass die Verwaltung folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung nehme:

- TOP 09 – Bestellung eines Leiters / einer Leiterin für das Rechnungsprüfungsamt des UHK
- TOP 10 – Bestellung eines stellvertretenden Leiters / einer stellvertretenden Leiterin für das Rechnungsprüfungsamt des UHK

Diese werde man in der Kreistagssitzung am 05. September 2022 behandeln.

Weiterhin beantrage die Verwaltung die Aufnahme eines neuen TOP 27 im öffentlichen Teil im Rahmen der Dringlichkeit: „Einbringung der Jahresrechnung des Unstrut-Hainich-Kreises für das Haushaltsjahr 2021 und Überweisung in den Rechnungsprüfungsausschuss“.

Zur Begründung sei zu sagen, dass man wider Erwarten die Jahresrechnung noch fertigstellen konnte. Damit bestehe die Möglichkeit, diese heute einzubringen. Da bei Fertigstellung der Jahresrechnung die Einladung aber bereits versandt war, beantrage man die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes im Rahmen der Dringlichkeit.

Herr Shevchenko beantragte im Namen der SPD-Fraktion die Streichung des TOP 25 – Antrag der AfD-Fraktion – Ausnutzung des Ermessensspielraumes des Gesundheitsamtes bezüglich der einrichtungsbezogenen Impfpflicht.

Nach § 2 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) habe man eine klare Regelung zu den Aufgaben im eigenen und im übertragenen Wirkungsbereich. Der Infektionsschutz, auf den sich die Beschlussvorlage beziehe, liege im übertragenen Wirkungsbereich und habe daher nichts mit den Aufgaben des Landkreises zu tun, sondern werde vom Staat auf den Landkreis übertragen.

Daher sei nach § 2 Abs. 3 ThürKO der Antrag zu stellen, diesen Tagesordnungspunkt zu streichen. Sollte man über diese Vorlage beraten und diese beschließen, müsste der Landrat sie beanstanden. Das heiße, man würde einen weiteren Prozess innerhalb der Verwaltung durchführen müssen. Er glaube, das Landesverwaltungsamt habe Wichtigeres zu tun, als darüber zu beraten und zu behandeln.

Herr Kretschmer gab bekannt, dass es in der Geschäftsordnung die Passage Streichung eines Tagesordnungspunktes nicht gebe, sondern der Landrat könne Punkte von der Tagesordnung nehmen. Er verstehe das Anliegen, das sei unstrittig. Vielleicht könne die AfD-Fraktion überlegen und ihren eigenen Antrag zurücknehmen?

Herr Görbig redete vom Platz aus. Der Redebeitrag ist auf der Aufnahme nicht zu verstehen.

Herr Kretschmer erwiderte, dass es dann erst einmal so stehen bleibe.

Herr Gaßmann beantragte für die Fraktion GRÜNE die Aufnahme eines neuen Tagesordnungspunktes 28 im öffentlichen Teil im Rahmen der Dringlichkeit: „Bestellung eines sachkundigen Bürgers der Fraktion Grüne in den Ausschuss für Jugend, Familie, Gesundheit und Soziales“.

Herr Dr. Dornberger, der im Moment die Funktion innehat, habe Ende Juni bekanntgegeben, dass er das nicht mehr machen könne. Die Fraktion würde daher gern vor der nächsten Kreistagssitzung diese Position wieder besetzen.

Herr Kretschmer stellte fest, dass keine weiteren Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Er wolle § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung verlesen: „Betrifft ein Antrag eine Angelegenheit, die nicht in den Kompetenzbereich des Kreistages fällt, ist dieser Antrag ohne Sachdebatte durch Geschäftsordnungsbeschluss vom Kreistag wieder von der Tagesordnung abzusetzen.“ Danach verfare er jetzt.

Er werde jetzt zuerst die Anträge, die im Rahmen der Dringlichkeit gestellt worden seien, abstimmen und anschließend den Antrag zur Absetzung des Tagesordnungspunktes der AfD-Fraktion.

Er bitte den Landrat, die Dringlichkeit zu begründen.

Der Landrat führte aus, dass die Jahresrechnung fertiggestellt sei. Da die Einladung zur Kreistagssitzung aber bereits versandt war, um jedoch die gesetzlichen Vorgaben nach § 80 Abs. 2 bzw. 82 Abs. 1 ThürKO Rechnung tragen zu können und die zeitliche Nähe der Fertigstellung zur Einbringung zu halten, bitte er um Zustimmung zur Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes im Rahmen der Dringlichkeit.

Herr Kretschmer stellte fest, dass derzeit 39 Kreistagsmitglieder anwesend seien. Für die Dringlichkeit sei eine 2/3-Mehrheit notwendig, das seien 26 Ja-Stimmen.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Anträge zur Aufnahme von Tagesordnungspunkten im Rahmen der Dringlichkeit auf:

- Der Antrag der Verwaltung zur Aufnahme eines neuen TOP 27 im öffentlichen Teil im Rahmen der Dringlichkeit „Einbringung der Jahresrechnung des Unstrut-Hainich-Kreises für das Haushaltsjahr 2021 und Überweisung in den Rechnungsprüfungsausschuss“ wurde mit 32 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen.
- Der Antrag der Fraktion GRÜNE zur Aufnahme eines neuen TOP 28 im öffentlichen Teil „Bestellung eines sachkundigen Bürgers der Fraktion Grüne in den Ausschuss für Jugend, Familie, Gesundheit und Soziales“ wurde mit 24 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion auf, den TOP 25 – Antrag der AfD-Fraktion – Ausnutzung des Ermessensspielraumes des Gesundheitsamtes bezüglich der einrichtungsbezogenen Impfpflicht – von der Tagesordnung abzusetzen, da er nicht in den Kompetenzbereich des Kreistages falle.

Herr Görbig redete vom Platz aus. Der Redebeitrag ist auf der Aufnahme nicht zu verstehen.

Herr Kretschmer erwiderte, dass man sich in der Abstimmung befinde. In der Geschäftsordnung stehe ohne Debatte.

Herr Görbig redete vom Platz aus. Der Redebeitrag ist auf der Aufnahme nicht zu verstehen.

Gemäß Mitschrift der Schriftführerin beantragte er die namentliche Abstimmung.

Herr Kretschmer entgegnete, dass man das machen könne. Er gab bekannt, dass der Geschäftsordnungsantrag zur namentlichen Abstimmung gestellt worden sei.

Herr Gaßmann meldete sich zur Geschäftsordnung und verwies auf § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Dort stehe – ist ohne Sachdebatte abzusetzen. Darüber sei auch nicht abzustimmen. Wenn die Verwaltung feststelle, dass der Antrag nicht in den Aufgabenbereich des Kreistages falle, ist er abzusetzen. Der Landrat müsse dies jetzt vielleicht noch mal so sagen.

Herr Görbig redete vom Platz aus. Der Redebeitrag ist auf der Aufnahme nicht zu verstehen.

Herr Kretschmer gab bekannt, dass das, was Herr Gaßmann gesagt habe, im Vorfeld im Kreisausschuss hätte passieren können. Das sei eine Sache, die nicht mehr hier auszufechten sei.

In der Geschäftsordnung stehe, dass der Antrag durch Geschäftsordnungsbeschluss vom Kreistag abzusetzen sei. Ein Geschäftsordnungsbeschluss müsse nicht namentlich sein. Wenn Herr Görbig dies aber beantrage, werde er das so aufrufen.

Herr Kretschmer stellte auf Nachfrage fest, dass Herr Görbig bei seinem Antrag auf namentliche Abstimmung bleibe.

Herr Kretschmer rief zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion auf, den TOP 25 – Antrag der AfD-Fraktion – Ausnutzung des Ermessensspielraumes des Gesundheitsamtes bezüglich der einrichtungsbezogenen Impfpflicht – von der Tagesordnung abzusetzen.

<i>Name</i>	<i>Abstimmung</i>
<u>CDU-Fraktion:</u>	
Conrad, Matthias	Ja
Croll, Jane	Ja
Holzappel, Elke	Ja
Kretschmer, Thomas	Ja
Lehmann, Annette	Ja
Lutze, Karsten	Ja
Mascher, Reinhard	Ja
Roth, Hans-Joachim	Ja
Dr. Scharf, Eberhard	Ja
Urbach, Jonas	Ja
Zunke-Anhalt, Klaus	Ja
<u>SPD-Fraktion:</u>	
Gött, Jürgen	Ja
Henning, Andreas	Ja
Kleemann, Dagmar	Ja
Klupak, Jörg	Ja
Niebuhr, Matthias	Ja
Shevchenko, Oleg	Ja
Wacker, Martin	Ja
Zanker, Claudia	Ja
Zanker, Harald	Ja

<i>Name</i>	<i>Abstimmung</i>
<u>AfD-Fraktion</u>	
Görbig, Iven	Nein
Kleinschmidt, Angelika	Nein
Kleinschmidt, Detlef	Nein
Kunze, Jens	Nein
Lindner, Andreas	Nein
Poppner, Ronny Hermann	Nein
Sell, Stefan	Nein
<u>Fraktion FW-UH</u>	
Montag, Karl-Josef	Ja
Riemann, Jan	Ja
<u>Fraktion Die Linke:</u>	
Eger, Cordula	Ja
Kubitzki, Jörg	Ja
Ortmann, Monika	Ja
Pollak, Petra	Ja
Rebenschütz, Anja	Ja
<u>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</u>	
Gaßmann, Tino	Ja
Reidat, Jens	Ja
Schlegel, Edgar	Ja
<u>FDP-Fraktion:</u>	
Groß, Marko	Ja
Dr. Kappe, Alexander	Ja

Der Antrag wurde mit 32 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen angenommen. Der TOP 25 ist damit von der Tagesordnung abgesetzt.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die geänderte Tagesordnung auf. Sie wurde mehrheitlich mit 6 Nein-Stimmen angenommen.

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung

- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Berichterstattung des Landrates aus der Verwaltung
- 5 Anfragen aus dem Kreistag
- 6 Bürgeranfragen
- 7 Bestellung eines Mitgliedes und stellvertretender Mitglieder der CDU-Fraktion in den Kreisausschuss
- 8 Bestellung eines Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Haushalts- und Finanzausschuss
- 9 Ergänzungswahl eines Nicht-Kreistagsmitgliedes der AfD-Fraktion in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich
- 10 Öffentliche Ausschreibung Nr. 193-UHK-ZD_Los 8: Umbau Büro- und Verwaltungsgebäude B - Sicht- und Blendschutz innen
- 11 Öffentliche Ausschreibung Nr. 193-UHK-ZD_Los 13: Umbau Büro- und Verwaltungsgebäude B - Bauendreinigung
- 12 Öffentliche Ausschreibung Nr. 193-UHK-ZD_Los 14: Umbau Büro- und Verwaltungsgebäude B - Schließanlage
- 13 Öffentliche Ausschreibung Nr. 195-2021-UHK-SV_Los 11: Generalsanierung Regelschule "Novalisschule" - Sonnenschutzelemente
- 14 Nachwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
- 15 Kostensatzung für das Kreisarchiv des Unstrut-Hainich-Kreises (Kreisarchivkostensatzung)
- 16 Verwaltungskostensatzung des Unstrut-Hainich-Kreises
- 17 Erhöhte Sollfehlbetragsdeckung gemäß § 23 ThürGemHV in der Haushaltsstelle 9200.9920 um 2.923.633 Euro
- 18 Außerplanmäßige Ausgaben in den Haushaltsstellen 7920.7164 und 7920.7174 Abschlagszahlungen 9-€-Ticket und ÖPNV-Rettungsschirm
- 19 Außerplanmäßige Ausgaben in der Haushaltstelle 6502.9500 Ersatzneubau des Durchlasses über den "Appental" i.Z.d. K 504
- 20 Antrag der SPD-Fraktion - Prüfung hinsichtlich der Einführung einer Unstrut-Hainich-Karte

- 21 Antrag der SPD-Fraktion - Erarbeitung einer Richtlinie zur Gewährung eines Stipendiums für Medizinstudierende im Unstrut–Hainich-Kreis
- 22 Antrag der Fraktion DIE LINKE - Prüfung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Flächen der ehemaligen Mülldeponie
- 23 Antrag der Fraktion der Freien Wähler Unstrut-Hainich - Haushaltsplan 2023
- 24 Einbringung der Jahresrechnung des Unstrut-Hainich-Kreises für das Haushaltsjahr 2021 und Überweisung in den Rechnungsprüfungsausschuss

Nichtöffentlicher Teil

- 25 Verzicht auf Rückauffassung nach ausgeübten Wiederkaufrecht des Unstrut-Hainich-Kreis für das Grundstück Thomas-Müntzer-Weg in Höngeda, Gewerbegebiet und Ermächtigung des Landrates zur Erteilung der Löschungsbeihiligung der Rückauffassungsvormerkung
- 26 Verkauf ehemaliges Dienstgebäude Thamsbrücker Straße 20 in Bad Langensalza
- 27 Offenes Verfahren Nr. 024-2022-UHK-GLM-EU Betriebsfertige Lieferung und Betreuung von Systemen und Komponenten des Druck-Output-Managements für die Schulen des Unstrut-Hainich-Kreises
- 28 Abfallwirtschaftsbetrieb: Vergabe der Leistung - Übernahme und Verwertung von Bioabfall aus dem Unstrut-Hainich-Kreis - EU 2/2022 LD
- 29 Wiederherstellung der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Zum TOP 04

Bericht des Landrates aus der Verwaltung

Der Landrat berichtete über folgende Themen anhand einer Power-Point-Präsentation. Der Bericht wird allen Kreistagsmitgliedern im Nachgang per Mail übersandt:

- Personalentwicklung FD Gesundheit
- Personalentwicklung FD Veterinär und Lebensmittelüberwachung
- Entwicklung des Corona-Virus im Unstrut-Hainich-Kreis
- Fachdienst Gesundheit
- Stand Bearbeitung einrichtungsbezogene Impfpflicht
- Impf-Monitoring
- Akkreditierungsurkunde des Berufsschulcampus für das ERASMUS+ Programm der EU
- Fördermittel Ganztagsinvestprogramm für den Unstrut-Hainich-Kreis 2020/2021
- Online-Terminvergabe
- Informationen zum Programm „Demokratie leben!“
- Ukrainische Flüchtlinge

- Finanzierung des ÖPNV
- 9-EURO-Ticket
- Azubi-Ticket
- Baumaßnahme Ersatzneubau der Brücke über den „Appental“ i.Z.d. K504 Zella – Helmsdorf
- Baumaßnahme K 519 Großengottern – Altengottern
- Stand Zentralisierung der Verwaltung
- Volkshochschule Unstrut-Hainich-Kreis

Zum TOP 05

Anfragen aus dem Kreistag

01. Anfrage des Herrn Montag, Fraktion FWG:

„Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“

Wie viele Anträge wurden bisher insgesamt eingereicht?

Wie viele Anträge sind noch nicht beschieden?

Aus welchen Gründen sind diese Anträge noch nicht beschieden? Wie viele Anträge sind fehlerhaft?

Wie viel Geld steht insgesamt noch zur Verfügung?

Können noch Anträge gestellt werden?“

Der Landrat antwortete, dass er sich entschuldigen müsse, da die Antwort nicht fertiggestellt sei. Die Verwaltung werde die Antwort umgehend nachreichen.

02. Anfrage der Frau Eger, Fraktion DIE LINKE:

„Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Unstrut-Hainich-Kreis

Landkreise und kreisfreie Städte sind gemäß § 6 Abs. 2 Thüringer Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung zur eigenständigen Erstellung von Maßnahmenplänen zur Umsetzung der UN-BRK verpflichtet. Diese sind bis zum Jahr 2023 unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihrer Interessenvertretungen zu erstellen. Die Erarbeitung stellt erfahrungsgemäß (siehe zeitliche Erarbeitung des Planes auf Landesebene) einen längeren Prozess dar, der mit einer umfangreichen Beteiligung - auch der Zivilgesellschaft und lokalen Politik einhergeht.

1. Wie ist der gegenwärtige Stand der Umsetzung der UN-BRK im Unstrut-Hainich-Kreis in Bezug auf die Erarbeitung eines Aktions- oder Maßnahmenplans?
2. Wer ist für die Erarbeitung des Plans zuständig?
3. Welche Akteure der Zivilgesellschaft und lokalen Politik werden neben den Menschen mit Behinderungen und deren Interessenvertretung und zu welchem Zeitpunkt in den Prozess der Erarbeitung einbezogen?

4. Wo und in welcher Höhe findet die Umsetzung der zu erstellenden Maßnahmen zur Umsetzung der UN-BRK im Landkreis im Entwurf eines zu erstellenden Haushaltes 2023 Berücksichtigung?“

Der Landrat antwortete, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen worden sei. Die Terminstellung sei bis spätestens 31. Dezember 2023. Es sei geplant, dieses gemeinschaftliche Projekt federführend durch den Kommunalen Behindertenbeauftragten umzusetzen. Hierzu finde ein abschließendes Gespräch im September dieses Jahres mit dem Landesbehindertenbeauftragten, Herrn Leibiger, in Erfurt statt.

Mit Projektbeginn werden alle Gemeinden und Städte des Unstrut-Hainich-Kreises, Verbände, Vereine und Selbsthilfegruppen mit eingebunden werden. Es werden die normalen Medienwege eingeschlagen, Presseveröffentlichungen, Internetauftritte und auch die neuen Medien. Auch verschiedene Beiräte werden mit angesprochen. Verwaltungsintern werde das Schulverwaltungsamt, das Jugendamt und das Sozialamt mit eingebunden.

Kostenaufschlüsselungen würden bei den verschiedenen Projektträgern vorliegen. Im Haushalt des Landkreises selber werde es keine Kostenstelle hierzu geben.

03. Anfrage des Herrn Schmalz, CDU-Fraktion, vorgetragen von Herrn Urbach:

„Mit der beschränkten Ausschreibung Nr. 197-2021-UHK-SV_Los 1: Neugestaltung Schulhof - Regelschule "Am Nationalpark Hainich" Weberstedt - Tief- und Landschaftsbauarbeiten wurde der Auftrag der Schulhofsanierung an die T.I.M. GmbH Tief- und Ingenieurbau Mühlhausen vergeben. Unter Einbeziehung der Regelschule wurde ein entsprechendes Konzept entwickelt, der Wunsch und die daraus abgeleitete Planung sieht einen entsprechenden Teich vor. Insbesondere unter den Bezug der Umweltschule, ein Baustein, der auf breite Zustimmung gestoßen ist.

Wie bekannt geworden ist, wurde die Teilmaßnahme ersatzlos gestrichen, obwohl die Arbeiten für den Teich schon begonnen haben. Dies stößt bei Schülern, Lehrern und Eltern auf breites Unverständnis.

Ich frage Sie hiermit:

- 1.) Aus welchem Grund wird der Teich entgegen den Planungen nicht gebaut?
- 2.) Seit wann ist der Verwaltung bekannt, dass die Maßnahme nicht umgesetzt wird?
- 3.) Warum wurde die Baumaßnahme begonnen?

Sollte die Maßnahme aufgrund gestiegener Kosten nicht umgesetzt werden, sind Eltern, Förderverein und Schulleitung bereit im Rahmen von Eigenengagement in Sach- und Geldleistung entsprechende Lücken zu schließen. Daher frage ich Sie weiterhin:

- 4.) Besteht die Möglichkeit den Teich durch entsprechendes Engagement doch noch umzusetzen?“

Der Landrat antwortete, dass es schade sei, dass der Fragesteller nicht anwesend ist, da er hierzu auch noch Fragen habe:

Im Projekt Neugestaltung Schulhof mussten abweichend zur Entwurfsplanung kostenbedingte Reduzierungen vorgenommen werden. Ein Teil davon war die Streichung des geplanten Zierteiches. Die Ausführungsplanung, ohne Teich, liege seit August 2021 im Haus vor. Diese war Grundlage für das durchgeführte Ausschreibungsverfahren. Die Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen berücksichtige keine Leistungen für den Bau des Teiches.

Die aktuell durchgeführten Bauleistungen beinhalten kein Arbeiten den angefragten Teich betreffend. Daher habe er eine Gegenfrage: Wer baue da was?

Die Anlage des Teiches sei unabhängig von den derzeit durchzuführenden Bauleistungen. Nach Rücksprache mit dem beteiligten Planungsbüro habe es diesbezüglich und zum Kostenrahmen in der Bauanlaufberatung am 25. Januar 2022 bereits Anfragen der Schulleitung gegeben. Die Grobkosten wurden damals von der ausführenden Firma mit 80 TEUR eingeschätzt. Dies sei auch der Schulleitung bekannt.

Seine Gegenfragen seien: „Wo kommen diese Fragen her? Wer baut diesen Teich?“

Bei aller Wertschätzung sei zu sagen, er würde sich freuen, wenn man alle schultypischen Investitionen, die etwas mit dem Inhalt und den Zielen der Schule zu tun haben, finanzieren könne. Die Kraft der Verwaltung und des Kreistages sollte darin liegen, die schulnotwendigen Investitionen zu realisieren. Wie alle wissen, falle das schon sehr schwer.

Daher frage er, wieso kommen diese Fragen jetzt auf, wo alle Leistungen schon längst ausgeschrieben und begonnen seien? Das sei völlig unlogisch für ihn. Auch sei der Kreisausschuss bei allen Vergaben beteiligt gewesen.

Nachfrage Herr Gaßmann, Fraktion GRÜNE:

„Wenn ich den Landrat gerade richtig verstanden habe, dann wird da ein Teich gebaut, der nicht beauftragt ist, auf dem Grundstück des Landkreises. Die Frage ist halt, wie läuft das denn? Da wird der Schulhof neu gestaltet, wer überwacht denn die Baustelle von Seiten des Landkreises? Also, das muss doch auffallen, wenn da ein Teich gebaut wird, der nicht geplant war?“

Der Landrat erwiderte, dass er ganz vorsichtig antworten wolle, da man in öffentlicher Sitzung sei:

Man habe ein Planungsbüro und habe Ausschreibungen getätigt. Bei den Ausschreibungen befinde sich diese Leistung nicht. Dies sei jetzt, mit Blick auf den Kalender, schon 10 Monate her. In den Anlaufberatungen sei alles besprochen worden. Auch ein Kreisausschuss oder Kreistag habe solche Leistungen nicht vergeben. Da aber leider durch einen Unglücksfall die betroffene Person nicht gefragt werden könne, die dazu vielleicht eine Auskunft geben kann, müsse man das jetzt klären. Man werde das überprüfen, das Planungsbüro sei schon beauftragt, dort Klarheit zu schaffen.

Für ihn wäre nur wichtig gewesen, wie der Ortsbürgermeister, der Herr Schmalz ja sei, und Kreistagsmitglied, zu diesen Fragen komme? Er möchte, dass hier sehr offen diskutiert werde, auch um in Zukunft bestimmte Irritationen oder Stimmungslagen zu vermeiden.

Als er letzte Woche Donnerstag die Frage bekommen habe, sie sei also auch sehr kurzfristig gekommen, aber laut Geschäftsordnung noch rechtzeitig, habe er sich auch eine Frage gestellt: Man investiere Millionen und in einer öffentlichen Diskussion, durch eine Anfrage werde, wegen eines Zierteiches, bei dem schon seit einem Jahr klar sei, dass er nicht gebaut werde, jetzt so eine Investition zumindest in Frage gestellt. Das sei nicht gut, denn es sei für die Verwaltung jedes Jahr im Haushalt ein Kampf, die Gelder, die man zusammenkratze, auch so aufzuteilen, dass die Schulen so gut wie möglich davon partizipieren.

Mündliche Anfragen:

04. Anfrage des Herrn Urbach, CDU-Fraktion:

„Ich habe eine Frage bezüglich eines Beschlusses, den wir im Herbst gefasst haben. Leider ist es mir nicht gelungen, im Protokoll nachzulesen, was wir da konkret beschlossen haben, weil das Protokoll noch nicht da ist. Wir haben ja letztens Protokolle beschlossen und das waren, meine ich, die vom letzten Sommer. Kann das sein? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage ist, warum ist das wieder so, wie es schon mal vor einigen Jahren ja war, dass wir nicht das Protokoll vorliegen haben von der letzten Sitzung, das macht das Arbeiten etwas schwierig.

Grund meiner Nachsuche sozusagen war aber das Thema des Schullandheimes. Ich meine mich zu erinnern, dass wir hier einen Beschluss gefasst haben gemeinschaftlich in einem Kompromissvorschlag, der besagte, dass der Kreisausschuss beteiligt werden soll an einem Verfahren, im Prinzip, dass wir da Käufer finden. Und ich bin nicht ganz sicher, inwieweit das passiert ist, weil es ja auch um die Frage des Konzeptes ging und seit Oktober letzten Jahres oder November, wo wir es beschlossen haben, ist ja doch dann schon wieder relativ viel Zeit verstrichen und ich entsinne mich eben nicht genau, ob wir das Thema schon mal wieder aufgerufen haben. Ich würde denken, dass es nicht so ist und da möchte ich gerne fragen, warum?

Und aus ihrem Bericht Herr Landrat heraus noch mal eine Frage: Sie sagten, die Online-Terminvergabe funktioniert ganz gut. Wie lange muss man im Moment warten auf einen Kfz-Termin, weil mir das immer mal gespiegelt wurde, dass es schwierig gewesen sei in der Vergangenheit, also in der jüngeren Vergangenheit.“

Der Landrat antwortete, dass bei dieser Flut der Fragen nicht zu erkennen sei, dass sie aus kurzfristig eingetretenen Themen entstanden seien. Daher sei es ihm gestattet, auf die 3-Tages-Frist hinzuweisen, Anfragen bei der Verwaltung einzureichen.

Bezogen auf die fehlenden Niederschriften bitte er alle Kreistagsmitglieder zu verinnerlichen, dass man seit fast 2 ½ Jahren eine Coronakrise habe. Das bedeute für die Verwaltung, nicht mehr in einem 8 Stunden-Rhythmus zu arbeiten, sondern 12 bis 14 Stunden und am Wochenende.

Er müsse in Abwägung der Gesamtsituation unter Beachtung der Pandemie das Personal so einsetzen, dass dieses sachgerecht und unter Beachtung seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern arbeite.

Bestimmte Sachen bleiben dabei liegen. Das seien unter anderem auch solche Protokolle. Es sei aber noch viel mehr und dabei seien auch Sachen, die sogar einen höheren Wert haben. Er habe nur eine bestimmte Personalanzahl und Mitarbeiter würden auch krank werden. Hinzu komme, dass bestimmte Mitarbeiter auch noch andere Aufgaben übernehmen mussten. Ein Beispiel sei Zensus. Er müsse nicht selten Aufgaben vom Bund übernehmen. Da müsse er Prioritäten setzen und die seien Bund, Land, Kreis.

Er nehme die Kritik zur Kenntnis, aber für ihn habe es keine Alternative gegeben. Nun habe er reagiert und eine Auszubildende ins Kreistagsbüro gesetzt, die auch inzwischen den Arbeitsvertrag unterschrieben habe und dauerhaft bleiben solle. Trotzdem gehe er nicht davon aus, dass man in diesem Jahr noch alle Niederschriften aufholen könne. Man versuche aber im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten, den Rückstand so weit wie möglich abzarbeiten.

Zum Thema Schullandheim wolle er sagen, dass die Beschlussfassung im Februar gewesen war. Hier gebe es das Problem, dass die Punktematrix, die man zum Auswahlverfahren benötige, noch nicht fertig sei. Die Verwaltung arbeite daran, im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten diese Maßnahme umzusetzen. Die Ausschreibung sei vorbereitet und werde veröffentlicht, sobald die Matrix fertig sei. Die Matrix sei die Basis der Auswertung, um die Bewertung und anschließende Beschlussfassung zu erarbeiten.

Zur Terminvergabe Kfz-Zulassung sei zu sagen, dass er glaube, dass man in der Regel zwischen 2 und 3 Tagen liege. Er wisse aber und so fair müsse der Beschwerdeführer auch sein, dass es oft Mitarbeiter von Unternehmen gebe, die die Fristen beim Europaschein, bei abgelaufenen Genehmigungen oder bei der Zulassung nicht so präsent haben, dann sei die Frist abgelaufen und man habe ein Problem.

Nun benötige man dringend und zwingend kurzfristig einen Termin, sonst führe das zu großen Problemen. Er kenne einige solcher Fälle. Allerdings habe man es immer hinbekommen, innerhalb einer Woche, dies zu regeln, dies natürlich außerhalb seiner Fürsorgepflicht oder des Terminkalenders, aber immer so, dass kein anderer Termin verschoben werden musste.

Er wolle damit sagen, es laufe sehr gut, aber es müsse auch jeder mitmachen und sich rechtzeitig einen Termin holen. Bei Problemen könne man sich an sein Büro oder an Frau Sy wenden.

05. Anfrage des Herrn Roth, CDU-Fraktion:

„Herr Landrat, ich habe zwei Fragen: Einmal die Frage, ich habe aus der Presse und wir haben es eben auch gerade in Ihrer Präsentation vernommen, dass Obermehler wieder hochgefahren werden soll, auf 1.000 zu flüchtende Menschen. Wir haben zur Zeit 300 bis 350, je nachdem wie stark das Aufkommen in der GU in Obermehler ist, vor Ort. Damit kommen wir in Schlotheim eigentlich recht gut zurecht, sag' ich einfach mal, aus meiner subjektiven Wahrnehmung heraus. Wenn natürlich Obermehler jetzt wieder hochgefahren wird auf 1000, dann möchte ich bitten“

Herr Kretschmer unterbrach Herrn Roth und bat ihn eine Frage zu stellen.

Herr Roth fuhr fort:

„Wann wird uns das Konzept vorgestellt für Obermehler, das ist die erste Frage.

Die zweite Frage ist: Corona, Coronaanalytik, habe ich gelesen aus Berichten, dass die Fäkaluntersuchung genauere Daten liefern. Ich frage, hat der Landkreis vor, diese Analytik auch zu nutzen?“

Der Landrat antwortete, dass er zuerst zu Corona ausführen wolle: Aus seiner Sicht würde er Nein sagen. Man wisse, dass hier Wissenschaftler, Institute, das RKI und andere diese Daten nutzen, weil man wissenschaftliche Abhandlungen und Analysen daraus mache, auch für die nächste Pandemie.

Für die Verwaltung, die das Tagesgeschäft bediene, sei es wenig hilfreich. Man könne daraus keine Maßnahmen ableiten, weil entweder gebe diese der Gesetzgeber vor oder der Fakt sei, weil etwas eintrete, müsse man reagieren. Er könne damit nicht allzu viel anfangen, nehme die Frage aber sicherheitshalber noch mal mit in die Verwaltung.

Zu Obermehler sei zur Ehrlichkeit zu sagen, dass man derzeit zwischen 400 und 500 Asylbewerbern in der GU schwanke. Das sei der eingezäunte Bereich. Die anderen drei Blöcke seien außerhalb und normale Wohnblöcke. Diese Wohnungen werde man wieder hochfahren, auf maximal 1.000. Er sage aber auch, das sei die Obergrenze, die damals errechnet worden sei.

Auch sei dies eine Übergangssituation, unter der Maßgabe, dass das, was die Diakonie Doppelpunkt mit dem Landkreis mache oder was man mit der 206 als Kreis nutze, nicht lange gehe. Da rede er noch gar nicht vom Winter. Also müsse er einen Anlaufpunkt finden, an dem er Sozialarbeiter habe, Essen machen könne und an dem man die ersten Tage unterkommen könne. Das heiße, man werde mit Bussen dorthin gebracht, aufgenommen und verbleibe erst einmal dort.

Dann erfolge das, was man bereits seit Monaten mache, man versuche über Wohnungsbaugesellschaften, Private, Bürgermeister und verschiedene andere Kanäle Wohnungen zu finden.

Das Konzept sei, dass man erstmal versuche, das Personal hoch zu fahren, um mehr Ansprechpartner, wie Kinderpfleger, Erzieher, Sozialarbeiter, Hausmeister, Reinigungskräfte, vor Ort zu haben und den Bedarf besser händeln zu können. Mit dem jetzigen Bestand an Mitarbeitern gehe das nicht.

Den Sommer werde man nutzen, um ein Konzept zu erarbeiten, angelehnt an das, was man bereits schon mal vorhatte, die ehemalige Schule als Sozialzentrum weiter auszubauen. Diese ganzen politischen Aussagen, alle bekommen einen Kindergartenplatz, eine Schule, egal welcher Art, Deutschunterricht usw. seien so nicht umsetzbar. Das könne vielleicht in großen Städten funktionieren, aber nicht auf dem Land. Er wolle versuchen, dass die ukrainischen Flüchtlinge während der Zeit, die sie verbleiben, so gut wie möglich betreut und integriert werden und dass ausreichend Fachpersonal vor Ort sei, um die bestehenden Bedürfnisse lösen zu können.

Hinzu komme die mediale Wahrnehmung. Es werde gesagt, es kommen immer mehr, am nächsten Tag heiße es, es gehen alle wieder weg. Beides entspreche nicht der Realität. Man merke, dass es keine Konstante gebe. Die, die in den Dörfern untergebracht seien, seien über Nacht auch wieder weg und die, die man in der 206 habe, seien über Nacht wieder weg.

Ein weiterer Punkt sei, dass man natürlich auch Sinti und Romas mit ukrainischen Pässen habe. Diese bedürfen einer anderen Behandlung, weil sie aus ihrer Mentalität und Familienstruktur heraus völlig anders aufgebaut seien. Wenn eine Frau mit neun Kindern komme, sei das eine Herausforderung. Das deutsche Recht finde dafür nicht die richtigen Antworten in der Praxis. An einem zentralen Standort könne man das viel besser tun.

Wie sich das in den nächsten Wochen entwickeln werde, werde man sehen. Auf jeden Fall werde man im Herbst ein Konzept erarbeiten. Er gehe davon aus, dass man nicht über die nächsten Monate rede, sondern über einen längeren Zeitraum.

Nachfrage Herr Roth:

„Eine Nachfrage, ich habe vielmehr Angst um die ärztliche Versorgung. Ich weiß wohl, dass einen Vertrag gibt, aber ob der Vertrag jetzt auch diese Mengen bedienen kann, lass' ich mal dahingestellt. Also die ärztliche Versorgung liegt mir viel mehr am Herzen.“

Der Landrat erwiderte, dass er dazu ja mit Herrn Roth telefoniert hatte. Er könne das nachvollziehen. Er habe Herrn Roth das Ursprungsproblem genannt, welches die Lösung kaputt gemacht habe. Das werde er in öffentlicher Sitzung nicht wiederholen.

Glücklicherweise könne er jetzt sagen, dadurch dass man voraussichtlich ab September einiges an medizinisches Personal im Gesundheitsamt habe, werde man darüber nachdenken, mit den vorhandenen Honorarkräften, die ihm geholfen haben oder mit den Kräften, die man vor Ort habe, ein System dort aufzubauen, damit eine medizinische Betreuung stattfinde. Gleichzeitig werde man noch mindestens eine Krankenschwester einstellen, um einen Ansprechpartner vor Ort zu haben. Das würde er dann spätestens Ende Oktober dem Kreistag vorstellen.

06. Anfrage des Herrn Kunze, AfD-Fraktion

„Erlauben Sie mir, eine Brücke zu schlagen zu meiner Anfrage vom November letzten Jahres, beantwortet zur Kreistagssitzung am 07.02. diesen Jahres – Blackout.“

Das mich oder vor allem auch uns dieses Thema wahrscheinlich jetzt schneller einholt als erwartet, war mir auch damals nicht bewusst bei der Fragestellung. Wenn ich ganz kurz in einem Satz sage hinsichtlich der Beantwortung der damaligen Anfrage, muss ich sagen, Blackout – rette sich wer kann, Brand- und Katastrophenschutz, kann nur unterstützend wirken, komme ich jetzt zu meiner Frage:

Welche konkreten Vorkehrungen wurden von seitens der Kommunalverwaltung getroffen bzw. erarbeitet in Bezug auf das Szenarium Ausfall oder Rationierung der Energieträger, wie Strom, Gas, Wasser, Wärme etc.?

Gibt es da schon aktuelle Kreise, Arbeitskreise, die sich mit diesem Szenarium beschäftigen bzw. liegen da schon Ergebnisse vor?

Das war eine Frage. Entschuldigen Sie bitte, ich hätte das eher einreichen können, aber es war mir jetzt am Wochenende bzw. heute noch hatte ich das erarbeitet, aber ich erwarte auch nicht, dass Sie vollumfänglich darauf antworten.

Weiter – Welche Sofortmaßnahmen bzw. welche Maßnahmen sind zeitnah angedacht, um Energieeinsparungen an kommunalen Gebäuden, Anlagen, wie zum Beispiel Bäder, Schulen etc. zu erreichen?

Denn ich möchte daran erinnern, wir haben hier, wenn ich es noch in Erinnerung habe, einen Energiemanager, der sich auch mit diesem Thema intensiv beschäftigt und davon könnte man ausgehen, dass es da auch in der Richtung Maßnahmen gibt.

Das wären jetzt erstmal zu diesem Thema meine Anfragen.“

Der Landrat entgegnete, dass er die Brücke zu der Anfrage im November nicht verstanden habe. Er glaube, dass eine habe mit dem anderen nichts zu tun.

Er werde die Fragen in der nächsten Sitzung beantworten. In dieser Antwort werde er deutlich stärker herausarbeiten, für was der Landkreis zuständig sei. Das heiße, was sei ein Kreis, was seien Städte und Gemeinden und wer habe welche Zugriffsrechte. Es werde immer verwechselt, dass das Ausrufen eines Katastrophenalarms, was er vollumfänglich nutzen könne, nichts mit der Zielrichtung der Anfrage des Herrn Kunze zu tun habe. Er könne nur sehr wenig selber organisieren und handeln, unter ganz normalen Bedingungen.

Das sei wie bei der Polizei, die erst kommen dürfe, wenn etwas passiert sei. Im Vorfeld dürfe die Polizei niemanden festnehmen, der noch keine Straftat getätigt habe. Genauso dürfe er nicht vorher Stadtwerke, Kommunen oder Privatpersonen anweisen, bestimmte Schritte einzuleiten.

Das würde er trennen wollen. Auch bei der letzten Anfrage im November sei ihm aufgefallen, dass er ihm sehr viel zutraue, was er dürfe. Er werde die Fragen ausführlich schriftlich beantworten.

Mit der Frage zu den Einsparmaßnahmen habe er heute gerechnet. Die Verwaltung habe einen Maßnahmenkatalog festgelegt. Diejenigen, die diesen Katalog umsetzen bzw. zur Kenntnis bekommen müssen, werden bis Freitag davon schriftlich in Kenntnis gesetzt. Anschließend werde er es den Kreistagsmitgliedern zukommen lassen.

Man habe sehr detailliert verschiedene Maßnahmen zur Einsparung von Wärme festgelegt. Weiterhin habe man unabhängig der Witterung und aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre Maßnahmen zur Thematik Einsparung von Wasser und Elektroenergie festgelegt. Hierbei sei zu sagen, dass man auch allgemeine Einsparungsmaßnahmen unabhängig der aktuellen Situation eingeleitet habe, unter anderem durch das Energiespar-Contracting, welches 12 Schulen betraf.

Man werde die Mitarbeiter schulen, auch das gehöre dazu. Es wurden Maßnahmen festgelegt bezogen auf die Gradzahl für bestimmte Gebäude, für bestimmte Räume und für bestimmte Nutzer bis hin zum Thema Warmwasser.

Auch diese Anfrage würde er nochmals schriftlich beantworten und den Kreistagsmitgliedern zukommen lassen.

Herr Kunze:

„Gut, dann erlauben Sie mir noch mal nachzulegen bezüglich der Brücke. In ihrer Beantwortung vom Februar dieses Jahres gab es auch eine Zusammenfassung, eine Aufstellung und zwar der Soll-Ist-Vergleich der Fahrzeugvorhaltung Feuerwehrfahrzeuge. Und da hatten Sie auch schön aufgegliedert Bund – Land – Kreis. Und da gibt es ja erhebliche Defizite, unter anderem der Bund

Herr Kretschmer unterbrach Herrn Kunze. Man befinde sich nicht in einer Aussprache. Er habe eine Nachfrage zugelassen und keine längeren Ausführungen.

Herr Kunze fuhr fort:

„Dann stelle ich die Frage: Der Bund hat, das Land etc. soll 15 Fahrzeuge zur Verfügung stellen und das Ist ist acht Fahrzeuge, also ist ein Defizit von sieben Fahrzeugen.

In der Gesamtbetrachtung hatten Sie das natürlich auch wieder, wie es immer heutzutage so ist, glatt gebügelt, indem Sie sagen, der Kreis hat ein Überangebot an Fahrzeugen und somit passt's. Jetzt ist wieder die Frage, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Haben diese Fahrzeuge, die der Kreis zur Verfügung stellt dieselbe Qualität wie die, die das Land zur Verfügung stellen müsste?

Also das sollte man vielleicht auch noch mal durchleuchten und da noch mal konkret eine Aussage treffen.“

Herr Kretschmer erinnerte an seine Aussage, die er eben gegenüber Herrn Roth gemacht hatte. Er erkenne keine Frage, sondern das seien Feststellungen.

Herr Kunze erwiderte, dass der Landrat wahrscheinlich jetzt noch nicht die Antwort geben könne.

Herr Kretschmer meinte, dass der Landrat sie nicht geben könne, da keine Frage gestellt wurde.

Herr Kunze widersprach und führte aus:

„Warum ist das Defizit vom Land her hinsichtlich der Fahrzeuge immer noch so groß, das heißt, also sieben Fahrzeuge fehlen immer noch?“

Der Landrat antwortete, dass wie überall Bund und Land ein bestimmtes Kontingent an finanziellen Mitteln haben, welches auf die Regionen verteilt werde. Hier gebe es ein Defizit, welches der Landkreis ausgleiche.

Was die Qualitätsstandards bzw. die notwendige Einsatzbereitschaft dieser Fahrzeuge und Technik angehe, sei es ausgeglichen. Aber es stimme und sei auch so, dass Bund und Land hier auch weiter Beschaffungen tätigen. Ob es dieses Jahr noch klappe, hänge von der wirtschaftlichen Situation ab, dass Bestellungen nicht mehr ein Jahr sondern vier Jahre dauern. Er könne aber bestätigen, dass Bund und Land hier nachsteuern und Technik beschaffen.

Herr Kunze bedankte sich.

Herr Kretschmer erteilte Herrn Zunke-Anhalt das Wort.

Herr Kunze meinte, dass er abschließend noch eine Frage habe.

Herr Kretschmer verneinte, jetzt sei Herr Zunke-Anhalt aufgerufen.

Herr Kunze widersprach. Er habe noch eine Frage.

Herr Kretschmer wiederholte, er habe Herrn Zunke-Anhalt aufgerufen. Herr Kunze könne sich dann nochmal melden, sofern noch Zeit sei.

07. Anfrage des Herrn Zunke-Anhalt, CDU-Fraktion

„Herr Landrat, Sie haben in Ihrer Information aus der Verwaltung ja auch über die Neubesetzung des Gesundheitsamtes gesprochen und die Personaldecke, die sich dort geändert hat. Daraufhin bezieht sich auch meine Frage.

Da wir ja aus der Presse entnehmen durften, dass ja auch einige – ich sag mal – unschöne Sachen in der Personalpolitik in dem Auseinandergehen vonstattengegangen sind, stelle ich folgende Fragen:

Wie viele Kündigungen sind seitens des Landkreises seit dem 01.01.2017 ausgesprochen worden? Wie viele der Gekündigten haben Widerspruch bzw. Klage gegen die Kündigung eingelegt?

Wie viele Prozesse sind daraus erwachsen? Wie viele der Prozesse hat der Landkreis gewonnen, wie viele wurden verloren, wie viele wurden durch einen Vergleich gelöst? Bitte in Jahren aufgliedern.

Wie hoch ist die Summe der durch die verlorenen Prozesse gezahlten Gelder? Bitte nach Jahren aufgliedern.

Wie hoch ist die Summe, die durch Vergleiche in diesen Prozessen zu zahlen gewesen sind? Bitte nach Jahresscheiben aufgliedern.

Mir ist vollkommen klar, dass die heute nicht beantwortet werden kann, ich habe sie schriftlich vorbereitet und würde sie jetzt einreichen, dass wir die dann in der nächsten Kreistagssitzung beantwortet bekommen oder schriftlich. Danke schön.“

Der Landrat antwortete, dass es ihn wundere, dass ein Bürgermeister die Frage stelle. Mit Blick ins Gesetz sei relativ klar geregelt, dass Personalangelegenheiten ausschließlich Angelegenheiten, im Falle des Unstrut-Hainich-Kreises, des Landrates seien. Auch wenn die CDU-Fraktion immer wieder versuche, in Ausschuss-Sitzungen oder heute in öffentlicher Kreistagssitzung, dies zu thematisieren, sei das keine Angelegenheit für den Kreistag. Das sei rechtlich klar geregelt.

Sei man der Meinung, einzelne Positionen hinterfragen zu wollen, könne man das im Rahmen der Haushaltsdebatte tun. Habe man Fragen zu Rechtsanwalts- oder Gerichtskosten etc. können dies namensneutral dargestellt werden.

Diese Anfrage nehme er zur Kenntnis, verweise aber darauf, dass diese Anfrage nicht in der Zuständigkeit des Kreistages liege. Er werde das, was hier seit 30 Jahren und länger rechtlich klar geregelt sei, nicht ändern. Enttäuscht sei er, dass man, obwohl man selbst auf kommunaler Ebene tätig sei und das Gesetz genau kenne, immer wieder dieses politische Spiel mache. Auch wisse er nicht, was man damit gezielt hinterfragen wolle.

Damit sehe er diese Frage als abschließend beantwortet.

Herr Zunke-Anhalt:

„Mir ist das als Bürgermeister durchaus bewusst, aber ich beziehe mich hier auf mein Informationsrecht zurück. Danke.“

Damit war die Fragestunde beendet.

Zum TOP 06 **Bürgeranfragen**

Schriftlich eingereichte Bürgeranfragen lagen nicht vor. Mündliche Anfragen wurden nicht gestellt.

Zum TOP 07

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/369/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines Mitgliedes und stellvertretender Mitglieder der CDU-Fraktion in den Kreisausschuss – vor.

Herr Kretschmer gab eine redaktionelle Änderung bekannt: In Zeile 4 des Beschlusstextes ist nach den Worten „bisherigen Mitgliedes“ einfügen „Herr Jonas Urbach“.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 105 Abs. 1 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in Verbindung mit § 9 Abs. 1 der Hauptsatzung des Unstrut-Hainich-Kreises sowie § 28 Abs. 1 Satz 2 und 3 der Geschäftsordnung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis werden für die CDU-Fraktion anstelle des bisherigen Mitgliedes Herr Jonas Urbach und der stellvertretenden Mitglieder folgendes Mitglied und stellvertretende Mitglieder in den Kreisausschuss des Unstrut-Hainich-Kreises bestellt:

- Mitglied: Herr Klaus Zunke-Anhalt
- 1. Stellvertreter: Frau Jane Croll
- 2. Stellvertreter: Herr Reinhard Mascher“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 35 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/369-23/2022**.

Zum TOP 08

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/370/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Haushalts- und Finanzausschuss – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 105 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in Verbindung mit § 9 Abs. 2 der Hauptsatzung des Unstrut-Hainich Kreises und § 29 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kreistages Unstrut-Hainich Kreis wird für die CDU-Fraktion anstelle von Herrn Klaus Zunke-Anhalt folgendes Mitglied in den Haushalts- und Finanzausschuss bestellt: Frau Jane Croll.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 34 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/369-23/2022**.

Zum TOP 09

Ergänzungswahl eines Nicht-Kreistagsmitgliedes der AfD-Fraktion in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich

Herr Kretschmer gab bekannt, dass die Fraktion der AfD bei ihrem Vorschlag von Herrn Andreas Schreiber verbleibe.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Kretschmer bat den Wahlausschuss, seine Arbeit aufzunehmen. Die Wahl erfolgte geheim.

Herr Kretschmer stellte fest, dass der Wahlvorgang abgeschlossen sei.

Herr Kretschmer gab das Wahlergebnis bekannt:

Insgesamt seien 36 gültige Stimmen abgegeben worden. Herr Schreiber erhielt 11 Ja-Stimmen und 25 Nein-Stimmen und sei damit nicht in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich gewählt.

Die AfD-Fraktion beantragte einen 2. Wahlgang.

Herr Kretschmer bat den Wahlausschuss, seine Arbeit aufzunehmen. Die Wahl erfolgte geheim.

Herr Kretschmer stellte fest, dass der Wahlvorgang abgeschlossen sei.

Herr Kretschmer gab das Wahlergebnis bekannt:

Insgesamt seien 33 gültige Stimmen abgegeben worden. Herr Schreiber erhielt 9 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen und sei damit nicht in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich gewählt.

Zum TOP 10

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/392/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Öffentliche Ausschreibung Nr. 193-2021-UHK-ZD_Los 8: Umbau Büro- und Verwaltungsgebäude B – Sicht- und Blendschutz innen - vor.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung und keine Wortmeldungen.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Öffentlichen Ausschreibung Nr. 193-2021-UHK-ZD_Los 8: Umbau Büro- und Verwaltungsgebäude B – Sicht- und Blendschutz innen gemäß § 3 VOB/A

i. V. m. ThürVgG und ThürVVöA wird der Auftrag für Los 8 nach Ablauf der Informations- und Wartepflicht gem. § 19 ThürVgG an den Bieter Moderner Sonnenschutz, Harzweg 13, 06484 Quedlinburg mit einer Auftragssumme brutto i. H. v. 8.366,89 € erteilt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/392-23/2022.**

Zum TOP 11

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/393/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Öffentliche Ausschreibung Nr. 193-2021-UHK-ZD_Los 13 Umbau Büro- und Verwaltungsgebäude B – Bauendreinigung - vor.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung und keine Wortmeldungen.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Öffentlichen Ausschreibung Nr. 193-2021-UHK-ZD_Los 13: Umbau Büro- und Verwaltungsgebäude B – Bauendreinigung gemäß § 3 VOB/A i. V. m. ThürVgG und ThürVVöA wird der Auftrag für Los 13 nach Ablauf der Informations- und Wartepflicht gem. § 19 ThürVgG an den Bieter Akkurat Reinigung & Service GmbH, Oststraße 1, 06526 Sangerhausen mit einer Auftragssumme brutto i. H. v. 10.539,84 € erteilt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/393-23/2022.**

Zum TOP 12

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/394/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Öffentliche Ausschreibung Nr. 193-2021-UHK-ZD_Los 14: Umbau Büro- und Verwaltungsgebäude B – Schließanlage - vor.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung und keine Wortmeldungen.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Öffentlichen Ausschreibung Nr. 193-2021-UHK-ZD_Los 14: Umbau Büro- und Verwaltungsgebäude B – Schließanlage innen gemäß § 3 VOB/A i. V. m. ThürVgG und ThürVVöA wird der Auftrag für Los 14 an den Bieter Tasch Sicherheitstechnik GmbH, Tilesiusstraße 15, 99974 Mühlhausen mit einer Auftragssumme brutto i. H. v. 51.842,83 € erteilt.“

Die Informations- und Wartepflicht gemäß § 19 ThürVgG entfällt, da nur ein Angebot vorliegt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 38 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/394-23/2022.**

Zum TOP 13

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/391/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Öffentliche Ausschreibung Nr. 195-2021-UHK-ZD_Los 11: Generalsanierung Regelschule „Novalisschule“ – Sonnenschutzelemente - vor.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung und keine Wortmeldungen.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Öffentlichen Ausschreibung Nr. 195-2021-UHK-SV_Los 11: Generalsanierung Regelschule „Novalisschule“ – Sonnenschutzelemente gemäß § 3 VOB/A i. V. m. ThürVgG und ThürVVöA wird der Auftrag für Los 11, nach Ablauf der Informations- und Wartepflicht gem. § 19 ThürVgG, an den Bieter Wilhelm Sonnenschutz GbR, Tambacher Str. 72 a, 98593 Floh-Seligenthal mit einer Auftragssumme brutto i. H. v. 81.648,28 € erteilt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 40 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/391-23/2022.**

Zum TOP 14

Nachwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

Herr Kretschmer gab bekannt, dass die AfD-Fraktion Herrn Andreas Lindner vorschläge.

Jedes Kreistagsmitglied könne eine Stimme abgeben.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Kretschmer bat den Wahlausschuss, seine Arbeit aufzunehmen. Die Wahl erfolgte geheim.

Herr Kretschmer stellte fest, dass der Wahlvorgang abgeschlossen sei.

Herr Kretschmer unterbrach um 17:45 Uhr die Sitzung für eine Pause.

Herr Kretschmer setzte um 17:55 Uhr die Sitzung fort.

Herr Kretschmer gab das Wahlergebnis bekannt:

Insgesamt seien 34 gültige Stimmen abgegeben worden. Herr Lindner erhielt 14 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen und sei damit nicht in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Zum TOP 15

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/372/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Kostensatzung für das Kreisarchiv des Unstrut-Hainich-Kreises (Kreisarchivkostensatzung) – vor.

Herr Kretschmer gab die Ausschussvoten bekannt:

Ausschuss	Ja	Nein	Enthaltungen
Haushalts- und Finanzausschuss	5	0	0

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage. Die Beschlussvorlage werde von der Verwaltung nochmals ausgetauscht, weil in der versandten Fassung ein Schreibfehler enthalten sei: Im Beschlusstext sei die Satzung falsch benannt (alte Bezeichnung).

Zur Beschlussvorlage sei zu sagen, dass die derzeit geltende Satzung über die Gebühren für die Inanspruchnahme des Archivs des Unstrut-Hainich-Kreises vom 22. Juni 2000 sei. Die letzte Änderung der Satzung (2. Änderungssatzung) erfolgte im Jahr 2006.

Sowohl aus Gründen der Wirtschaftlichkeit als auch im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurden die Gebühren neu kalkuliert. Die Kosten und der Bestand seien erfasst worden. In die Kostenermittlung seien eingeflossen: Personalkosten, Miete für Archivräume, Versicherungen, Höhe der Betriebskosten, Materialkosten Archivboxen, Softwarekosten, Tonerkosten und die Abschreibungen der IT-Geräte. Neu ermittelte Kostenansätze wurden angesetzt und in der Kostensatzung als Kostenverzeichnis angeführt.

Mit der Umsetzung werde die Nebenbestimmung der 9. Fortschreibung des Haushalts-sicherungskonzeptes als Maßnahme der Erzielung eines Konsolidierungseffektes (als Ausgleich der bisher nicht eingeführten Kosten-Leistungsrechnung gemäß Maßnahme 46) erfüllt.

Er bitte um Zustimmung.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Auf der Grundlage der §§ 98, 99 und 100 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thür. Kommunalordnung - ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. 87), der §§ 1, 2, 10, 11 und 12 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes

(ThürKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. September 2000 zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 396) in Verbindung mit § 4 Abs. 4 Satz 3 Thüringer Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut vom 29. Juni 2018 (ThürArchivG, GVBl. S. 308) beschließt der Kreistag des Unstrut-Hainich-Kreises die in der Anlage beigefügte Kostensatzung für das Kreisarchiv des Unstrut-Hainich-Kreises (Kreisarchivkostensatzung).“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 32 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/372-23/2022**.

Zum TOP 16

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/373/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Verwaltungskostensatzung des Unstrut-Hainich-Kreises – vor.

Herr Kretschmer gab die Ausschussvoten bekannt:

Ausschuss	Ja	Nein	Enthaltungen
Haushalts- und Finanzausschuss	5	0	0

Der Landrat führte aus, dass die derzeitige Verwaltungskostensatzung vom 01. Juli 2002 sei und im Jahr 2004 zuletzt geändert wurde.

Landkreise können für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis Kosten erheben. Gesetzliche Grundlage hierfür sei das Thüringer Verwaltungskostengesetz. Auch hier habe man die Kosten analysiert und mit den bisherigen Kosten verglichen. Die Vorgaben im Gesetz werden durch das Finanzministerium federführend alle drei Jahre fortgeschrieben und analysiert. So habe man eine Grundlage bei späteren Entscheidungen.

In die Aktualisierung seien auch die Gebühren für Zeitaufwand, Schreibauslagen, Auslagen für Benutzung Dienstfahrzeug usw. eingeflossen.

Die 9. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts, Maßnahme 46 bilde die Grundlage für diese Beschlussfassung. Die Verwaltung bitte um Zustimmung.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Auf der Grundlage der §§ 98, und 100 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thür. Kommunalordnung - ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. 87), der §§ 1, 2, 10 und 11 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. September 2000 zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 396) sowie des Thüringer Verwaltungskostengesetzes (ThürVwKostG) in der Fassung vom 23. September 2005 (GVBl. S. 325), zuletzt geändert durch Artikel 56 des Gesetzes vom 18. Dezember

2018 (GVBl. S. 731, 769) beschließt der Kreistag des Unstrut-Hainich-Kreises die in der Anlage beigefügte Verwaltungskostensatzung des Unstrut-Hainich-Kreises.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 31 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/373-23/2022.**

Zum TOP 17

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/371/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Erhöhte Sollfehlbetragsdeckung gemäß § 23 ThürGemHV in der Haushaltsstelle 9200.9920 um 2.923.633 Euro – vor.

Herr Kretschmer gab die Ausschussvoten bekannt:

Ausschuss	Ja	Nein	Enthaltungen
Haushalts- und Finanzausschuss	5	0	0

Der Landrat merkte an, dass es vordergründig um die Bereinigung des Bestandes der Kasseneinnahmereste gehe. Vertreter des Haushalts- und Finanzausschusses und vor allen Dingen des Rechnungsprüfungsausschusses haben mit der Verwaltung darüber einen längeren Zeitraum diskutiert.

Die Verwaltung habe sehr intensive Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt geführt. Darauf ziele auch die Begründung zu dieser Beschlussvorlage ab, die der Verwaltung die Möglichkeit gegeben habe, heute diesen Beschluss fiskal ausgeglichen hier vorzutragen. Mit dem Bescheid zur Gewährung einer Bedarfszuweisung nach § 24 Thüringer Finanzausgleichsgesetz vom 30. Juni 2022 werde dem Unstrut-Hainich-Kreis aufgegeben im Haushaltsjahr 2022 eine um 2.923.633 EUR höhere Sollfehlbetragsdeckung vorzunehmen.

Für die Verwaltung war es am Ende eine gute Lösung, die gemeinsam mit dem Landesverwaltungsamt gefunden worden sei. Das Landesverwaltungsamt habe der Argumentation und der Diskussion in der Verwaltung Rechnung getragen. Letztendlich soll die erhöhte Sollbetragsdeckung entsprechend der Vorgabe des Thüringer Landesverwaltungsamt erfolgen. Er bitte um Zustimmung, auch wenn man wisse, dass damit das gesamte Thema der Bereinigung des Bestandes der Kasseneinnahmereste noch nicht abgeschlossen sei.

Herr Groß gab bekannt, dass es hier vordergründig um die Deckung der entstandenen Sollfehlbeträge gehe. Es werden möglicherweise nicht alle verstanden haben, warum diese Sollfehlbeträge überhaupt entstanden seien. Sie seien entstanden, weil die Kasseneinnahmereste bereinigt wurden. Das sei die Ursache dafür.

Er möchte ganz herzlich zwei Kollegen aus dem Rechnungsprüfungsausschuss danken, die mit ihm seit vielen Jahren für diesen Umstand gekämpft haben, dass die Kasseneinnahmereste bereinigt werden. Das seien Frau Lehmann und Herr Montag, die seit vielen Jahren immer wieder den Finger in die Wunde gelegt haben, dass man das nicht so lassen könne. Er glaube, das sei einen Applaus wert, dass es gelungen sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Kreistag des Unstrut-Hainich-Kreises stimmt der um 2.923.633 Euro erhöhten Sollfehlbetragsdeckung für das Haushaltsjahr 2022 in der HH-Stelle 9200.9920 zu.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 38 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/371-23/2022.**

Zum TOP 18

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/375/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Außerplanmäßige Ausgaben in den Haushaltsstellen 7920.7164 und 7920.7174 Abschlagszahlungen 9-€-Ticket und ÖPNV-Rettungsschirm – vor.

Herr Kretschmer gab die Ausschussvoten bekannt:

Ausschuss	Ja	Nein	Enthaltungen
Haushalts- und Finanzausschuss	5	0	0

Der Landrat führte aus, dass der Bescheid über die Gewährung einer Abschlagszahlung für das 9-€-Ticket bzw. den ÖPNV-Rettungsschirm 2022 am 01. Juli 2022 im Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis eingegangen sei. Nach Prüfung durch den FD Straßenverkehr wurde seitens des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft eine Korrektur vorgenommen. Den Änderungsbescheid erhielt die Verwaltung am 07. Juli 2022.

Nach Bestätigung des Erhalts, des Rechtsmittelverzichts und des Mittelabrufs geht man davon aus, dass der bewilligte Betrag in Höhe von 757.646 EUR in den nächsten Tagen eingehe. Im Haushalts- und Finanzausschuss sei noch der alte Bescheid genannt worden. Das waren es 757.464 EUR.

Der Berechnung der Abschlagszahlungen liegen die Rettungsschirmanträge 2021 zugrunde. Für den Abschlag 9-€-Ticket wurden 60 % der auf 2021 hochgerechneten Fahrgeldeinnahmen 2019 gerechnet, für den Abschlag ÖPNV-Rettungsschirm 35 % des beantragten Schadens 2021. Die Abschläge an die Verkehrsunternehmen seien somit vom Thüringer Ministerium für Landwirtschaft und Infrastruktur vorgegeben.

Die Unternehmen haben die Möglichkeit, über den Aufgabenträger weitere Mittel aus dem ÖPNV-Rettungsschirm für 2022 zu beantragen. Der Antrag ist durch den Unstrut-Hainich-Kreis bis zum 30. September 2022 einzureichen.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Den außerplanmäßigen Ausgaben in den Haushaltsstellen 7920.7164 ÖPNV/Zuweisungen – Sonstige öffentliche Sonderrechnungen und 7920.7174 ÖPNV/Zuweisungen – Private Unternehmen wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch eine außerplanmäßige Einnahme in der Haushaltsstelle 7920.1714 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke – Land.

Nach Bekanntgabe der Höhe der Zuweisung sind die Mittel in gleicher Größenordnung anteilig den entsprechenden Haushaltsstellen 7920.7164 und 7920.7174 zuzuordnen.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 30 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/375-23/2022.**

Zum TOP 19

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/376/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Außerplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 6502.9500 Ersatzneubau des Durchlasses über den „Appental“ i.Z.d. K 504 – vor.

Herr Kretschmer gab die Ausschussvoten bekannt:

Ausschuss	Ja	Nein	Enthaltungen
Haushalts- und Finanzausschuss	5	0	0

Der Landrat gab bekannt, dass der Landkreis verpflichtet sei, diese Baumaßnahme gemäß § 11 Thüringer Straßengesetz trotz der Gemeindeneugliederung ab 2023 durchzuführen. Die Ausschreibung der Maßnahme soll Ende Juli / Anfang August erfolgen. Der Baubeginn sei für Oktober 2022 vorgesehen. Die Maßnahme soll schnellstmöglich abgeschlossen sein. Die Verwaltung bitte um Zustimmung.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Den außerplanmäßigen Ausgaben in der Haushaltsstelle 6502.9500 - K 504 L 2038 (Horsmar) – Kreisgrenze EIC (Zella) / Ersatzneubau des Durchlasses über den „Appental“ in Höhe von 249.800 € wird zugestimmt.

Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben in der Haushaltsstelle 6519.9500 Ausbau einer Teilstrecke der K 519 zwischen Großengottern und Altengottern.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 37 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/376-23/2022.**

Zum TOP 20

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/365/2022 lag der Antrag der SPD-Fraktion – Prüfung hinsichtlich der Einführung einer Unstrut-Hainich-Karte – vor.

Herr Shevchenko verwies auf die Beschlussvorlage. Der Beschlussvorlage gingen einige Diskussionen voraus. Zuerst die Frage der Bekanntheit der aktuellen Ehrenamtskarte, die der Landkreis, genauso wie alle anderen Landkreise und kreisfreien Städte in Thüringen, führe und zu den Partnern, die für die Ehrenamtskarte, die bereits vielen Jahre gelte, gewonnen werden konnten. Auch bei der Bevölkerung an sich stelle sich die Frage der Bekanntheit. Die SPD-Fraktion habe das Gefühl, dass die nicht wirklich gegeben sei bzw. dass diese über die Jahre abgenommen habe. Das sehe man auch an der Zahl der Menschen, die diese Ehrenamtskarte derzeit haben.

Gleichzeitig habe es aber auch eine Diskussion darüber gegeben, dass in vielen Landkreisen auch in Thüringen eine Familienkarte eingeführt worden sei, die dafür Sorge, dass Familien unterstützt werden, die in der Gebietskörperschaft wohnen. Ein Beispiel ist der benachbarte Kyffhäuserkreis, aber auch der Ilmkreis habe so eine Familienkarte schon eingeführt.

Das Fehlen dieser Familienkarte im Unstrut-Hainich-Kreis aber auch das Fehlen der Bekanntheit der Ehrenamtskarte habe durch Corona noch mal einen größeren Einfluss genommen und sollte prominenter besprochen werden. Alle diskutieren viel über das Ehrenamt und aktuell so groß wie nie nach zwei Jahren Pandemie.

Er glaube, wenn man sich die vielen Veranstaltungen anschau, die im Landkreis gerade vor sich gehen, nach Corona werde ganz viel nachgeholt, merke man, wie viel Ehrenamt im Landkreis da sei. Wenn man sich mit den Akteuren etwas länger unterhalte, wisse man aber auch, wie schwer es auch den Vereinen fällt, Menschen für das Ehrenamt zu begeistern.

Gleichzeitig sei es auch so, dass man in den letzten zwei Jahren viel über Familienpolitik diskutiert habe, dass Familien zu wenig Zeit hatten, dass Großeltern mit den Enkelkindern nicht so häufig raus konnten. Das sei tatsächlich etwas, was man als Kreisratsmitglied und als Bürger dieses Landkreises sehr häufig selbst auch zu spüren bekommen habe. Man rede auch darüber, wie der Staat eine Unterstützung geben könne für die Familien in diesem Land und natürlich könne man auch als Unstrut-Hainich-Kreis seinen Beitrag dazu leisten.

Das wolle man gern mit diesem Antrag tun. Man wolle mit diesem Prüfauftrag beides zusammen denken und es entbürokratisieren, um nicht zwei verschiedene Wege zu gehen, sondern gemeinsam das Problem anzupacken. Ziel sei es mit diesem Prüfauftrag zu schauen, wie man den Landkreis als Koordinator aufstelle, der Kontakt zu möglichen Einrichtungen suche, um Partner zu finden.

Heute habe man ja auf seinem Tisch eine schöne Karte gefunden, in der viele Einrichtungen für sich werben. Genau solche Partner sollte man gewinnen, genauso wie Kommunen und weitere, die Angebote für das Ehrenamt und für Familien anbieten. Damit unterstütze man ein Stück weit die, die es gerade auch brauchen.

Zum anderen solle diese Karte auch die Möglichkeit bekommen, Informationen weiterzuleiten, also zum Beispiel, welche Spielplätze gebe es im Unstrut-Hainich-Kreis, welche anderen Möglichkeiten gebe es. Man könnte damit auch Informationen zum kinderfreundlichen Landkreis, über den man ja ganz viel in den letzten Jahren gehört habe, geben. Das alles werde in dieser Karte zusammengebracht. Die SPD-Fraktion sei sich sicher, dass das realistisch sei.

Man wolle mit diesem Prüfauftrag, die Möglichkeit schaffen, gegebenenfalls Fördermittel zu eruieren. Er denke da an das Programm, welches Herr Montag heute schon in der Anfrage thematisiert habe, das Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben, aber auch an viele andere soziale Programme.

Mit diesem Prüfauftrag wolle man such innerhalb des Kreistages die Debatte führen, also nicht gleich abschließend beschließen und loslegen, sondern auch mit dem zuständigen Ausschuss, dem Sozialausschuss, eng zusammen arbeiten. Hier wolle man verschiedene Fragen, wie, was bedeute Familie zusammen diskutieren.

Der Kreistag tage ja öffentlich und da wolle man die Möglichkeit nutzen, genau solche potentiellen Partner, die die Ehrenamtskarte im Zweifel gewonnen hatte oder vielleicht auch schon wieder verloren hat, anzusprechen. Im Kreistag sitzen viele Bürgermeister, die ihren kommunalen Einrichtungen vorstehen würden und die genauso ein Partner sein können.

Er denke, dass man da auf einem guten Weg sei und damit auch relativ schnell den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises ein sehr gutes Angebot machen würde. Auf die Debatte freue er sich und hoffe, dass man diesem Prüfauftrag zustimmen könne.

Herr Dr. Kappe gab bekannt, dass er zur Aussprache des Landrates schon verleitet gewesen war, etwas zu sagen. Vielleicht komme er da später noch mal darauf zurück.

Er müsse sagen, als Liberaler unterstütze er diesen Antrag der SPD-Fraktion inhaltlich voll und ganz. Es sei richtig, dass man hier im Land das Ehrenamt zu wenig wertschätze. Leider sei man in einer Lage, in der man sich auf die Kernthemen konzentrieren sollte. In dem Prüfauftrag stehen zwei Worte, die ihn stören, das sei finanziell und personell.

Da komme er wieder auf den Bericht des Landrates zu sprechen. Es sei so, dass man nicht nur durch Corona, sondern auch durch die Ukraine Krise hier erheblichen Belastungen ausgesetzt sei. Da müsse man sich überlegen, ob man sich die Ehrenamtsgeschichte dann auch noch von Seiten des Landrates ans Bein binden möchte, ob das jetzt der richtige Zeitpunkt sei. Ein Prüfauftrag binde auch wieder personelle Ressourcen. Er möchte nicht, dass das zu einer Art Schaufensterpolitik degradiert werde, dieses wirklich wertvolle Ansinnen das Ehrenamt zu stärken.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Landrat wird beauftragt, auf Basis der Erfahrungen aus der Anwendung der Ehrenamtscard die finanzielle und personelle Möglichkeit zur Einführung einer Unstrut-Hainich-Karte zu prüfen. Diese soll für ehrenamtlich Aktive und Familien im Unstrut-Hainich-Kreis bereitgestellt werden. Die Karte soll neben besonderen Angeboten im Bereich Sport, Freizeit, Erlebnis, Spiel, Kultur, Musik und Bildung auch wichtige Adressen, Telefonnummern und Tipps insbesondere für Familien zur Verfügung stellen.

Hierfür sollen Partner, wie Städte und Gemeinden sowie Bildungs-, Freizeit- und Kultureinrichtungen, aber auch Beratungsstellen gewonnen werden. Das Landratsamt soll hierbei die Koordinierung der Angebote der Partner übernehmen und die Informationen in einer Karte bündeln.

Entsprechende Fördermittel sind zu eruieren. Das Ergebnis ist bis zum 4. Quartal 2022 dem Kreistag vorzulegen.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 27 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/365-23/2022.**

Zum TOP 21

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/366/2022 lag der Antrag der SPD-Fraktion – Erarbeitung einer Richtlinie zur Gewährung eines Stipendiums für Medizinstudierende im Unstrut-Hainich-Kreis – vor.

Frau Zanker führte aus, wer kenne die Situation nicht, vielleicht aus persönlicher Betroffenheit, aus der Familie oder aus dem Bekanntenkreis, der Hausarzt nehme keine Patienten mehr auf, die HNO-Praxis schließe, ohne für Vertretung gesorgt zu haben, oder aber der Facharzttermin sei erst in drei, vier oder fünf Monaten, obwohl man akute gesundheitliche Beschwerden habe. Könne man dagegen etwas tun? Vielleicht ja, vielleicht begrenzt. Die SPD-Fraktion sei der Meinung, man sollte es auf jeden Fall versuchen.

Darauf ziele der Antrag ab, dass man junge Studenten mit einem Stipendium motivieren möchten, sich für ihre Heimat oder wenn es nicht die Heimat sei, für diese wunderschöne Region als Ort für ihre ärztliche Tätigkeit zu entscheiden. Dabei setze man natürlich einen starken Fokus auf die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum.

Die Idee sei, dass der Landkreis dafür bis zu drei Stipendien im Jahr vergeben solle, die daran gebunden seien, nach dem Medizinstudium die ärztliche Tätigkeit im Bereich der Humanmedizin hier im Unstrut-Hainich-Kreis aufzunehmen.

Es stimme, was Herr Dr. Kappe sage, sei es wieder Mehrarbeit so eine Richtlinie zu erarbeiten, aber die Situation brenne.

Die Verwaltung solle unter Einbeziehung des Ausschusses für Jugend, Familie und Soziales und des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport die Richtlinie erarbeiten, die dann in einer der nächsten Kreistagssitzungen beschlossen werden solle.

Was könnte diese Richtlinie regeln?

Wer habe Anspruch, Medizinstudierende nur aus dem Unstrut-Hainich-Kreis oder auch von einer anderen Region? Wie hoch solle das Stipendium sein? Über welchen Zeitraum solle es gewährt werden? Wer entscheide am Ende über die Vergabe der Stipendien? Wo solle der junge Arzt oder die junge Ärztin tätig werden, vielleicht sogar im kommunalen Krankenhaus oder im Gesundheitsamt? Man kenne die Personalprobleme ja aktuell aus dem Gesundheitsamt. Wie lange solle es eine Bindefrist geben? Sei dieser Zuschuss rückzahlbar oder nicht?

Es gebe ganz viele Fragen, die diese Richtlinie regeln sollte.

Andere Landkreise haben sich bei diesem Thema auch schon auf den Weg gemacht. Sie hatte Kontakt zum Landkreis Schmalkalden-Meiningen aufgenommen, dort könnte man Erfahrungen austauschen.

Zur Beschlussvorlage habe sie eine redaktionelle Änderung: Da der SPD-Fraktion die Zeitschiene zum Wintersemester 2022/2023 diese Stipendien zu vergeben etwas knapp erscheine, solle das in Sommersemester 2023 geändert werden. Die Beschlussvorlage sei ursprünglich für die Kreistagssitzung im Mai geplant gewesen, die dann nicht stattgefunden habe. Daher sei die Zeitschiene nichtmehr aktuell.

Sie freue sich auf eine konstruktive Debatte und am Ende hoffentlich auf eine große Zustimmung.

Herr Dr. Kappe gab bekannt, dass er anfangen könne, wo er aufgehört habe – Schaulfensterpolitik. Das wäre aber zu kurz gesprungen. Er könnte sich auch wie der Landrat hinstellen und sagen, man sei gar nicht zuständig, weil man keine Stiftung sei. Der Auftrag sei, einen Landkreis zu führen und nicht junge Menschen in ihrer Berufentscheidung und in ihrem Werdegang zu fördern. Das Leben sei etwas komplizierter als man glaube und so ende auch ein Studium selten mit dem Ergebnis, welches man anfänglich angestrebt habe.

Bei ihm war es auch so. Er hätte sich vor 1994 heute als Tierarzt auf weiter Flur in einem schönen Kombi gesehen, Kühe und Schweine behandeln und zwischendurch mal einen Schnack mit einer Landwirtin halten. Das wäre schön gewesen. Heute sitze er im Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz als Laborratte und gehe dort seiner Arbeit nach.

Er wage zu behaupten, dass diese drei Stipendiaten, die man mit Geld ausstatten wolle, was man als Landkreis überhaupt nicht habe, auch so enden werden. Sie werden anfangen zu studieren und nach dem Studium niemals hier im Unstrut-Hainich-Kreis anfangen, weil da viele Sachen dazwischen kommen.

Er möchte es mal an einem Beispiel fest machen und komme wieder auf den Bericht des Landrates zu sprechen: Man habe jetzt eine Amtsärztin, die man seit vielen Jahren, mindestens seit 2019, gesucht habe. Dass, was man mit diesen Stipendien vor habe, lebe man beinah schon. man habe eine Ärztin hier jetzt angestellt, deren offensichtlicher Lebensweg nicht in das Gesundheitsamt des Unstrut-Hainich-Kreis führte. Das sehe man einfach daran, dass diese Frau hier eine Zusatzbezeichnung in Geriatrie und Palliativmedizin angestrebt habe.

Das zeige für ihn, der Unstrut-Hainich-Kreis sei im besten Fall eine Zwischenstation. Vielleicht verlässt sie den Landkreis wieder, auch wenn der Landrat sie bereits zum 01. Juni auf Lebenszeit verbeamtet habe.

Das sei nur mal so als Beispiel genannt und das möchte jeder in sich kreisen lassen und überlegen, ob man wirklich ein Stipendium herausgeben wolle, was eigentlich Aufgabe einer politischen Stiftung sei, wie sie die SPD sicherlich auch habe, aber nicht Aufgabe eines Landkreises.

Herr Zunke-Anhalt pflichtete Herrn Dr. Kappe bei. Sein Ansatz sei ein ähnlicher. Der Antrag der SPD-Fraktion für drei Stipendien könne nur unterstützt werden und sei ein guter Ansatz. Er wolle aber auch daran erinnern, dass es eine freiwillige Leistung sei.

In Thüringen gebe es drei Stiftungen, die genau dieses tun würden. Vielleicht sollte man versuchen, mit der kassenärztlichen Vereinigung und den Stiftungen zusammen zu arbeiten, um hier ein Programm auf den Weg zu bringen, dass man die ärztliche Versorgung im Unstrut-Hainich-Kreis verbessern könne, die zunehmend schlechter werde.

Es handele sich um einen guten Ansatz, der aber noch überarbeitungswürdig sei.

Der Landrat gab bekannt, dass er überrascht sei. Herr Shevchenko möge ihm verzeihen, aber wenn er die Möglichkeit habe zu sagen, welcher Antrag wichtiger wäre, der dem man gerade mit großer Mehrheit zugestimmt habe oder der jetzt vorliegende Antrag, der jetzt wahrscheinlich abgelehnt werde, müsse er klar sagen, der jetzige sei viel wichtiger.

Es sei auch keine freiwillige Aufgabe. Wer vorhin beim Gesundheitsamt zugehört habe, habe mitbekommen, dass das ÖGD geändert werde. Man merke, dass gerade der Zweig des Gesundheitsamtes für Prävention und Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen nicht der reine staatliche sondern der kommunale Bereich gestärkt werden solle. Das ÖGD sei noch aus DDR-Zeiten. Es handele sich um eine Pflichtaufgabe.

Wenn man heute die Zeitung im Landesteil gelesen habe, das Thüringer Landesarztgesetz verzögert sich. Darum gehe es ihm gar nicht, aber wenn man den Artikel gelesen habe, regele auch der Freistaat Thüringen dort Passagen gesetzlich neu, weil die Welt sich geändert habe und man neue Antworten finden müsse.

Er wolle nochmal auf die Aussagen von Herrn Dr. Kappe zu Frau Dr. Claus zu sprechen kommen. Wenn man die Haushaltspläne in den letzten Jahren alle gut studiert hätte, hätte man gemerkt, dass im Durchschnitt von 3 bis 4 Lehrlingen, die man ausbilde, die Hälfte weggehe. Die Kosten seien um ein Vielfaches mehr. Im Durchschnitt jeden Monat 1.000 EUR, im ersten Lehrjahr weniger und im dritten Lehrjahr deutlich mehr. Dann seien sie weg. Frau Dr. Claus sei eine Frau, die von dort oben, nach dem was dort stattgefunden habe, hier in den Unstrut-Hainich-Kreis ziehe, mit drei Kindern. Nebenbei bediene sie drei Schwerpunkte, die man in der Vergangenheit, auch schon weit vor den Abgängen, gar nicht mehr bedient habe, Palliativ, Geriatrie und Betriebsarzt. Wenn man in die Haushaltspläne schaue, sehe man, was der Landkreis für den Betriebsarzt ausbebe, was dann nicht mehr anfalle. Er sage, diese Chance zu nutzen sei 10-mal besser, als zu diskutieren und am Ende Ausreden zu finden, warum man nicht zustimmen könne.

Herr Dr. Kappe habe Recht, mehr Geld habe man nicht. Man werde im Haushalt 2023 darüber reden müssen, wenn man das beschließe, wo man dieses Geld streiche. Die Frage werde sein, was in dem Haushalt habe den gleichen Wert.

Die Sache sei völlig richtig, weil jeder, Bund, Land und Kommunen, versuchen, auf die Probleme Lösungsansätze zu finden, keine Lösungen und die Chance sollte man nutzen.

Man habe Lebensmittelkontrolleure und Hygienefachkräfte. Er gehe schon heute davon aus, dass von den jeweils drei er sich glücklich schätzen könne, wenn zwei bleiben. Das, was man ausbilde, brauche der eine oder andere im Umland ebenfalls schon. Es sei immer Glück.

Genauso wie er einen Arzt im Veterinäramt verloren habe und eine Andere aus der privaten Wirtschaft in den staatlichen Bereich gegangen sei. Oder eine Ärztin sage, sie wolle nicht mehr privat arbeiten, aufgrund der Familienstruktur und sie geht ins Gesundheitsamt. Das finde sowieso statt. Die Frage sei, ob man den Mut habe, Menschen zu unterstützen, die sich ganz gezielt melden, die mit ihm diskutieren.

Es sollen ja erst einmal die Rahmenbedingungen festgelegt werden. Dann erst solle man beschließen und schauen, ob jemand komme.

Diese Bindung gehe, die gehe ja jetzt auch schon bei Studierenden zu sagen, wenn man fünf Jahre vom Landkreis gefördert werde, müsse man dann fünf Jahre da bleiben. Dazu gebe es auch ein Bundesgerichtsurteil.

Man versuche, junge Menschen in der Region zu binden. Das sei das Thema, welches man bediene, für die Bürger und nicht für die Verwaltung. Diese Chance sollte man nutzen. Deshalb appelliere er, diesen Versuch zu starten und vielleicht klappe es besser, als man jetzt denke.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf. Er wies auf die redaktionelle Änderung hin, die Frau Zanker vorgetragen habe: Im Beschlusstext ist „Wintersemester 2022/2023“ in „Sommersemester 2023“ zu ändern.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Kreisverwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport und des Ausschusses für Jugend, Familie, Gesundheit und Soziales, eine Richtlinie zur Umsetzung eines Stipendienprogrammes zur Sicherung des Medizinernachwuchses im Unstrut-Hainich-Kreis zu erarbeiten. Erstmalig sollen die Stipendien zum Sommersemester 2023 vergeben werden.

Ziel ist die Vergabe von jährlich bis zu 3 Stipendien für Studierende der Humanmedizin, um Menschen schon frühzeitig für eine ärztliche Tätigkeit im Unstrut-Hainich-Kreis zu fördern.

Damit trägt der Landkreis dazu bei, die hausärztliche und / oder fachärztliche Versorgung in der Region perspektivisch sicherzustellen.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 25 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/366-23/2022.**

Zum TOP 22

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/367/2022 lag der Antrag der Fraktion DIE LINKE – Prüfung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Flächen der ehemaligen Mülldeponie – vor.

Herr Kubitzki merkte an, dass man es heute nicht schaffen werde, das Heute Journal zu sehen. Viele können aber die bestimmte Tagesschau noch sehen. Er sei sich fast sicher, dass sich eine der beiden Nachrichtensendungen mit der Frage Energie beschäftigen werde. Über die Situation, die man gegenwärtig erlebe, werde viel diskutiert, Gasknappheit und Stromknappheit. Das liege nicht nur an der weltpolitischen Situation, in der man lebe, sondern habe auch etwas mit der Klimasituation zu tun.

Das heiße, man werde die nächste Zeit in diesem Land alles versuchen müssen, um erneuerbare Energien zu erzeugen, von der fossilen Energiegewinnung abzukommen und auch der Weltlage entsprechend unabhängig zu werden.

Deshalb stelle die Fraktion DIE LINKE heute diesen Antrag, der schon einmal vor vielen Jahren im Kreistag behandelt und damals abgelehnt worden sei. Er glaube, heute habe man eine andere Situation. Man müsse alles tun, um die Gewinnung erneuerbarer Energien zu forcieren.

Man habe die ehemalige Mülldeponie Aemilienhausen ausgewählt, weil diese Fläche dem Kreis gehöre. Ja, es handele sich um einen Prüfauftrag und dieser binde wieder Verwaltung, aber man könne ja nicht einfach sagen, man baue, sondern es sei Baurecht anzuwenden und es müsse geprüft werden.

Die Fraktion DIE LINKE wolle, dass dazu der Landkreis vorrangig mit örtlichen Energieversorgern spreche, die diese Investition übernehmen könnten und sollten. Er denke an die Stadtwerke, aber auch an die Thüringer Energie AG, die in den Händen der Thüringer Kommunen sei.

Als drittes wolle man, dass die Bevölkerung Nutznießer dieser Energieversorgung werde. Man wolle nicht, dass große Konzerne die Situation ausnutzen, um wieder Profit zu machen, wie man das jetzt an den Tankstellen erlebe. Die Bürger sollen an der Energiegewinnung mitpartizipieren. Deshalb wolle man die Möglichkeit schaffen, zu prüfen, mit möglichen Betreibern eine Energiegenossenschaft ins Leben zu rufen. Er glaube, die Zeit sei reif für so einen Beschluss und vor allem notwendig und bitte um Zustimmung.

Herr Mascher gab bekannt, dass man dieses Thema im letzten Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes schon mal andiskutiert hatte. Wenn man jetzt gewusst hätte, dass man heute einen Antrag habe, hätten man schon ein Votum dazu abgeben können. Dem Ausschuss sei nur mitgeteilt worden, dass in dem Gewerbegebiet daneben etwas Ähnliches entstehe, was wohl der Stadt gehöre. Da sei er sich nicht ganz sicher.

Soweit er sich erinnern könne, war das beim letzten Mal auch nicht am Kreis gescheitert, sondern an der Stadt Mühlhausen, dass hier wohl eine Stimme gefehlt hatte.

Er persönlich könne es nur begrüßen. Als Herbslebener könne er sagen, man gehe den Schritt schon seit 2013. Man müsse den Bürger mitnehmen und eine Energiegenossenschaft gründen, dann habe man es bei der Abstimmung leichter.

Im Betriebsausschuss sei es schon mal andiskutiert worden, ob es denn auf der Anlage möglich sei. Das müsste geprüft werden. Wenn der Landrat heute den Auftrag bekomme, es prüfen zu lassen, würde man dann im Ausschuss noch mal zum Thema machen.

Er sei der Meinung, dass man diesen Weg gehen sollte und denke, da habe er auch für die CDU-Fraktion gesprochen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

1. „Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, ob auf den Flächen der ehemaligen Mülldeponie Aemilienhausen Photovoltaikanlagen errichtet werden können.
2. Falls diese Prüfung zu einem positiven Ergebnis führt, sollen vorrangig mit den örtlichen Energieversorgern Gespräche geführt werden, ob diese als Investoren und Betreiber zur Verfügung stehen.
3. Bestandteil dieser Gespräche soll es sein zu prüfen, ob die Möglichkeit der Gründung einer Energiegenossenschaft unter Beteiligung der Bevölkerung besteht.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 32 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/367-23/2022.**

Zum TOP 23

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/380/2022 lag der Antrag der Fraktion der Freien Wähler Unstrut-Hainich – Haushaltsplan 2023 – vor.

Es gab keine Begründung seitens der Fraktion und keine Wortmeldungen.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Landrat wird beauftragt, den Haushaltsplan 2023 bis zum 10.10.2022 in den Kreistag einzubringen, damit dem Kreistag mit seinen Ausschüssen genügend Zeit zur Beratung bleibt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 23 Ja-Stimmen und 13 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/380-23/2022.**

Zum TOP 24

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/388/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Einbringung der Jahresrechnung des Unstrut-Hainich-Kreises für das Haushaltsjahr 2021 und Überweisung in den Rechnungsprüfungsausschuss - vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Jahresrechnung des Unstrut-Hainich-Kreises für das Haushaltsjahr 2021 wird zur Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/388-23/2022.**

Herr Kretschmer gab um 18:42 Uhr bekannt, dass man nun zum nichtöffentlichen Teil der Kreistagssitzung komme.

Herr Kretschmer unterbrach die Sitzung für 5 Minuten.

Damit war der öffentliche Teil der Sitzung des Kreistages beendet. Es folgt der nicht-öffentliche Teil der Niederschrift.

Nichtöffentlicher Teil der Kreistagssitzung vom 11. Juli 2022

Damit war die Sitzung des Kreistages beendet. Der Sitzungsverlauf wurde zur Anfertigung der Niederschrift aufgezeichnet.

*In Vertretung des Kreistagsvorsitzenden
Herrn Kretschmer (krankheitsbedingt verhindert)
unterzeichnet vom stellvertretenden
Kreistagsvorsitzenden, Herrn Klupak*

Klupak
stellvertretender Kreistagsvorsitzender

Junker
Schriftführerin